

Ä24 3. Für beste Bildungschancen, vielfältige Kultur und starkes Ehrenamt.

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 18.04.2026

Text

Von Zeile 109 bis 111 einfügen:

setzen uns dafür ein, die Beteiligungsrechte junger Menschen in der Kommunalverfassung zu schärfen und verbindlich zu regeln. Wir wollen dafür unter anderem die verpflichtende Gründung von Jugendparlamenten in allen Städten mit mehr als 25.000 Einwohner*innen, sowie allen Kreisstädten in Sachsen-Anhalt in der Kommunalverfassung verankern. Bei Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf junge Menschen oder die Infrastruktur junger Menschen haben, müssen die Jugendparlamente verpflichtend befragt werden und erhalten ein Vetorecht. Kleinere Kommunen werden vom Land bei der Gründung von Jugendparlamenten unterstützt. Weitere über Jugendparlamente hinausgehende Formate sind wünschenswert und werden vom Land Sachsen-Anhalt unterstützt. Für Kommunen ohne Jugendparlamente müssen alternative Formate etabliert werden, um junge Menschen in Entscheidungsprozesse einzubinden. Zur Unterstützung dieser Maßnahme streben wir ein Verbandsklagerecht für demokratische